

Die vielen Stützen Eritreas

Trotz internationalen Sanktionen und Massenflucht kommt das Land erstaunlich gut über die Runden

Monat für Monat fliehen Tausende aus Eritrea, einem der ärmsten Länder der Welt. International ist die eritreische Regierung isoliert. Dennoch hält sich das Regime seit 1991 unangefochten an der Macht.

Philipp Hedemann

«Afewerki im Spital in Katar», mutmassen Exil-Eritreer derzeit in sozialen Netzwerken. Es war nicht das erste Mal, dass Gerüchte über Klinikaufenthalte des angeblich schwerkranken 70-Jährigen kursierten. Bestätigt wurden sie nie, möglicherweise wünschten sich das die Urheber. Doch sollte es Isaias Afewerki tatsächlich schlecht gehen, wäre eine Behandlung in Katar nicht so abwegig. Seit 2010 pflegt das Emirat enge Beziehungen zum Paria-Staat. Es bot sich auch 2008 als Vermittler an im Beinahekrieg zwischen Eritrea und dem Nachbarland Djibouti.

«Katar möchte seine aussenpolitische Rolle stärken, und mit seinen Häfen am Roten Meer ist Eritrea strategisch sehr interessant gelegen», sagt Annette Weber von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Eritreas Lage macht den Staat auch für andere Regionalmächte attraktiv. So nutzen Saudiarabien und die Vereinten Arabischen Emirate eritreisches Territorium für die Militärrallianz gegen die Huthi-Koalition im Jemen. Zwischen dem Bürgerkriegsstaat und der eritreischen Küste liegen nur gerade 27 Kilometer.

Staat verdient an Flucht

Westliche Diplomaten und Wissenschaftler gehen davon aus, dass Eritrea dafür Gegenleistungen erhält. Aussenminister Osman Saleh Mohammed bestritt dies im Februar allerdings gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. «In irgendeiner Form - sei es durch Zahlungen oder subventionierte Öllieferungen - lässt Eritrea sich sein Entgegenkommen sicherlich zahlen», sagt jedoch Eritrea-Expertin Weber.

Zahlungen erhält das Land auch von den dort tätigen Bergbauunternehmen unter anderem aus Kanada, China und der Türkei. Und auch Eritreas vermeintlich grösste Schwäche stabilisiert letztlich das Regime: Die Flucht von Tausenden Kindern, Frauen und Männern ist für die Regierung eine wichtige Einnahmequelle. Denn um die Zahl der nach Europa fliehenden Eritreer zu reduzieren, sind westliche Politiker jetzt bereit, mit der jahrelang geächteten Regierung zu sprechen - und zu zahlen.

Ende letzten Jahres wurden Eritrea 200 Millionen Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds zugesichert, um die Lebensbedingungen im Land zu verbessern. In der Folge würden weniger Menschen das drittärmste Land der Welt verlassen - so die Hoffnung der Geber. Die Forscherin Weber sagt dazu: «Die Menschenrechtssituation ist nach wie vor katastrophal, aber um die Flüchtlingszahlen zu senken, ist der Westen offensichtlich bereit, beide Augen zuzudrücken.»

Um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren, wird jetzt auch eine Lockerung der Uno-Sanktionen gegen Eritrea ins Spiel gebracht. Während Russland und China sich dies durchaus vorstellen können, wollen die USA, Frankreich und Grossbritannien an den Strafmassnahmen festhalten.

Viele Experten befürchten jedoch, dass eine Lockerung der Sanktionen den Exodus aus Eritrea ohnehin nicht mehr aufhalten könne. Denn die meisten Eritreer fliehen nicht wegen der internationalen Isolation, sondern vor dem Nationalen Dienst. Offiziell dauert er nur 18 Monate, de facto jedoch oft Jahrzehnte. Seit 2002 werden alle Männer und unverheirateten Frauen spätestens mit 18 Jahren zum Wehrdienst eingezogen. Als Begründung dient dem Regime der Grenzkrieg mit Äthiopien, der von 1998 bis 2000 dauerte und rund 100 000 Personen auf beiden Seiten das Leben kostete. Seitdem wird der Konflikt von

Afewerki als Alibi weiter für den Wehrdienst benutzt.

Heute verrichten die Rekrutinnen und Rekruten auch Zwangsarbeit in der Landwirtschaft sowie im Strassen- und Bergbau. Dafür erhalten sie einen Sold, der kaum zum Überleben reicht. Auf der anderen Seite sichert sich der Staat mit dieser Zwangsarbeit ab und kann mit sehr wenig Kapitalzuflüssen von aussen auskommen. In den 1990er Jahren hatte Eritrea fast alle Geber vor die Tür gesetzt, weil es keine Einflussnahme aus dem Westen wollte, sagt die Ostafrika-Expertin.

Kein Nachfolger in Sicht

Weiter fliesst Geld auf anderen Kanälen nach Eritrea. Die Regierung versucht, auch von Exilbürgern eine sogenannte «Aufbausteuer» in Höhe von 2 Prozent des Einkommens einzutreiben. Diese Steuer sorgte zwar auch in der Schweiz für Schlagzeilen, ist laut Experten aber gar nicht so wichtig für das Regime. Wesentlich mehr Devisen gelangten in Form von Rimessen ins Land, also in Form von Überweisungen von den Exil-Eritreern an ihre Familien daheim. «Diese Transfers übersteigen die Zwangsabgaben und staatlichen Zuwendungen wahrscheinlich um ein Vielfaches. Das macht Eritrea so widerstandsfähig», urteilt die Konfliktforscherin. Dank den Rücküberweisungen würden die Verluste durch die Sanktionen teilweise ausgeglichen.

Doch was passiert, wenn sich die Gerüchte über Afewerkis schlechten Gesundheitszustand bewahrheiten und der seit 1991 regierende Diktator sterben sollte? Es ist nicht bekannt, ob Afewerki einen Thronfolger aufgebaut hat. «Das System ist vollkommen auf ihn zugeschnitten. Es gibt keine starken staatlichen Institutionen und keine starke Zivilgesellschaft. Sollte er sterben, ist alles denkbar: von einer demokratischen Öffnung bis zum Chaos eines Bürgerkrieges», resümiert Expertin Weber.